

Beiträge zur Zeitgeschichte

Von Dr. Klaus Rose



Was macht Barack Obama mit Afghanistan?

Während der ausgeschiedene US-Präsident George W. Bush nicht zuletzt wegen Irak und Afghanistan als „Kriegs-Präsident“ oder sogar als „Kriegs-Verbrecher“ bezeichnet wurde, weiß man von Barack Obama, dass er die Politik von Bush fortsetzen wird. Ein Sonderbotschafter für Pakistan und Afghanistan sowie eine Truppenaufstockung statt Rückzug sind erste Maßnahmen. Die seit Dezember 2001 aufgebaute internationale Einsatztruppe mit 40 beteiligten Nationen ist durch die Vereinten Nationen bestätigt. Afghanistan bleibt Haupt-Krisenherd der internationalen Politik. Noch so brutale Al-Kaida-Drohungen oder Taliban-Anschläge und noch so populäre und besonders im Europa- und Bundestagswahlkampf wohlfeile Friedenspfeifen können nicht darüber hinweg täuschen, dass „am Hindukusch“ eine Richtungsentscheidung für eine stabile Weltordnung ausgefochten wird. Auch Deutschland hat dafür seine Verantwortung.

Afghanistan in den letzten 30 Jahren

Im Jahr 1973 war mit Zahir Shah der letzte König aus Afghanistan vertrieben und eine linksgerichtete Revolution angezettelt worden. Es begann ein großes und unsägliches Flüchtlingsdrama, besonders 1978, als 110.000 Afghanen im östlichen Nachbarland Pakistan politisches Asyl suchten. Am 26. Dezember 1979 hatte die Sowjetunion gemeint, zur Stärkung der revolutionären Situation Truppen an den Hindukusch schicken zu müssen und mit Hilfe ihres Satrapen Babrak Karmal eventuell eine

weitere sozialistische Sowjetrepublik errichten zu können. Das ist jetzt exakt dreißig Jahre her. Der Widerstand im Landesinneren sowie der Widerstand in der Weltöffentlichkeit mit dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 – auch durch den Deutschen Bundestag veranlasst – ließ jedoch die Sowjets kläglich scheitern. Nach einigen Jahren zogen sie ihre Truppen wieder ab. Der Anfang vom baldigen Ende der Sowjetunion hing auch damit zusammen. Am Hindukusch aber erfolgte Putsch auf Putsch. Jeder erzeugte eine zusätzliche Flüchtlingswel-

le. Wer beispielsweise 1986 die Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan bereiste, wurde Zeuge eines brutalen Abschlachtens und Verstümmelns. Nicht die heutigen Fernsehbilder künden vom plötzlichen Grauen. Es gab solches Grauen schon lange. Und das in einem Land, das seit 1919 diplomatische Beziehungen mit dem Deutschen Reich hatte, das seit 1924 eine Deutsche Schule aufwies und zahlreiche Universitätskontakte pflegte und das Jahrzehnte später durch etwa 100.000 Menschen afghanischer Abstammung in Deutschland selbst präsent ist.

Deutsche Verantwortung schon seit Jahrzehnten

Die Bundesrepublik Deutschland hatte schon in den 1980er Jahren die schwere humanitäre Aufgabe übernommen, im Rahmen des Internationalen Roten Kreuzes spürbare Hilfe in die pakistanischen Lager zu bringen. Das liest sich leicht. Aber es bot sich meist ein Bild des Grauens. Die Krankheiten Malaria, Tuberkulose, Lepra oder Diarrhöe waren schon schlimm genug. Doch der Anblick der Männer ohne Gliedmaßen, mit herausgerissenen Augen, querschnittsgelähmt und ohne jede Hoffnung ließ den Mut der Helfenden sinken. In den deutschen Medien wurde damals viel über die Schrecken am Hindukusch berichtet. Nur wenigen Journalisten oder Politikern war es jedoch vergönnt, sich ein persönliches Bild der grausamen Lage zu machen. Es handelte sich ja auch um unwirtliche Gegenden, die seit Jahrhunderten als Falle gegen Fremde dienten. Auf halbem Weg zwischen der neuen pakistanischen Hauptstadt Islamabad und der afghanischen Hauptstadt Kabul liegt bekanntlich der legendäre Khyber-Pass, an dem sich schon britische Soldaten bei der Errichtung ihres Weltreichs eine blutige Nase geholt hatten. Kurz vor dem Pass kommt man noch durch die 800.000-Einwohner-Stadt Peshawar, bevor man dann steil hinauf und hinüber nach Jalalabad wechseln konnte. So einfach hinzureisen war ein Ding der Unmöglichkeit.

Das Flüchtlingsdrama war aus



Klaus Rose (bekleidet mit einer Chitrali-Mütze) Ende April 1986 in einem afghanischen Flüchtlingslager.

den bekannten Gründen entstanden. Jeder Herrscher oder Warlord hatte seine Anhänger. Hatte er verloren, waren seine Anhänger treu, aber gefährdet. Die Flucht war meist der einzige Ausweg. In der damaligen Zeit der sozialistischen Umtriebe und der kommunistisch geschulten Untergrundkämpfer fanden sich ähnliche Zustände in Laos und Vietnam, in Zimbabwe und Angola, in Kuba und Nicaragua. Chaos war die Regel – und „aus den Ruinen sollte die neue Morgenröte erwachsen“. Im globalen Ost-West-Konflikt taten sich viele Kräfte hervor. So galten

die Afghanen als durchaus antisowjetisch, aber deshalb nicht als pro-westlich. Im Jahr 1986 bemühte sich deshalb die internationale Politik um eine „Eindämmung“ der brutalen Lage, um einen Truppenrückzug, um die Rückkehr der Flüchtlinge, um die Durchsetzung der Genfer Friedensverhandlungen.

Afghanistan im Ost-West-Konflikt

Die damaligen als antikommunistisch eingestuft „Freiheitskämpfer“ der Afghanen hatten die kräftige Unterstützung der USA, aber auch Deutschlands

und sogar der CSU bekommen. Einerseits wurden sie mit den dringend benötigten „Stinger-Raketen“ ausgerüstet, andererseits trat zum Beispiel anlässlich eines Seminars der Hanns-Seidel-Stiftung in München der damalige Taliban-Führer Hekmatyar auf. Immerhin hatte dieser in Deutschland studiert und sprach gut Deutsch, aber nicht Englisch. So wurden also „gute Geschäfte“ eingefädelt. In Kabul selbst hatte es eine einzige deutsche Firma gegeben (HOECHST), aber auch viele Schüler und Studenten der deutschen Sprache, so dass es durchaus im Interesse der Bundesrepublik lag, mehr für „die Freiheit“ zu tun. Ein deutscher Geschäftsträger hatte daher mit seinem diplomatischen Personal trotz der sowjetischen Oberhoheit manche Fäden in der Hand. Ihn zu besuchen, war Aufgabe einer zweiköpfigen Abgeordneten-Delegation (SPD und CSU), die am Samstag, 03. Mai 1986, in Kabul einflog, ohne wissen zu können, dass am selben Tag ein erneuter Putsch den Kommunistenführer Babrak Karmal durch den jüngeren KP-Generalsekretär Nagibullah („Liebling Allahs“) ersetzen sollte. Schon der Anflug mit einer verrotteten Boeing 727 der Ariana, auf sowjetisch Bakhtar Afghan Airlines umgetauft, war ein Abenteuer. Denn auf dem Flughafen von Kabul standen viele russische Transportflugzeuge vom Typ Antonow 24 und in der Luft kreisten mehrere Jagdflugzeuge, die wiederum von Leuchtraketen gegen Raketenbeschuss geschützt werden sollten – ähnlich wie das zivile Flugzeug der Ariana. In den folgenden zwei Tagen wurde aber zusätzlich viel geschossen auf den Straßen Kabuls. Demonstrationen von jungen Leuten schlugen sich auf die eine Seite,

Soldaten auf die andere. Es war nicht ratsam, als Besucher eine größere Stadtrundfahrt zu unternehmen. Schon das Gespräch in der Firma HOECHST bedeutete ein erhöhtes Risiko, zumal der sowjetische Geheimdienst jeden Schritt beobachtete.

Beurteilung des Kriegs um Afghanistan

Die Vorgeschichte des von Bundesminister Peter Struck (SPD) als „Verteidigung am Hindukusch“ bezeichneten Einsatzes der Bundeswehr ist also vielfältig. Doch die Unzufriedenheit mit der heutigen Entwicklung wächst, nicht bloß wegen des Mohnanbaus und Drogenhandels. Kann man dort überhaupt gewinnen, also ein westlich-demokratisches System errichten? Sogar die ehemals „Rote Heidi“, Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), wird nicht müde, die Fortschritte für die Bevölkerung, vor allem für die Frauen, heraus zu streichen. Umgekehrt gab es noch nie so viele deutsche Gefallene seit dem 2. Weltkrieg wie jetzt in Afghanistan. Wie lange wird es diesen Blutzoll noch geben? Sollten nicht die deutschen Soldaten einfach so abziehen, wie damals die Rote Armee? Zumal ja auch Bundeswehrsoldaten aus der engeren Heimat betroffen sein könnten – aus Eging, Alkofen oder jetzt mit Stefan Schwarzmeier aus Vilshofen, die alle schon an der Front gegen den Terror standen oder stehen. Der neue US-Präsident glaubt fest an den „Schlüssel Afghanistan“ bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Statt wegzugehen will er eine robustere militärische Komponente. Ähnlich wie im Irak, wo erst durch eine verstärkte US-Truppenpräsenz die Eindämmung der Unruheherde und die Aus-

bildung einheimischer Sicherheitskräfte (Militär und Polizei) möglich wurde, scheint das Pendel auf diese Entwicklung umzuschwenken. Der SPIEGEL hatte in seinem Artikel in der 42. Ausgabe 2008 zwar gemeint, „Weder die Taliban noch die westliche Allianz können den Krieg gewinnen“. Doch zu einem Rückzug hatte er auch nicht geraten, nachdem „mindestens fünf Millionen Afghanen vor einem Hungerwinter“ stünden – mit ähnlichem Leid wie damals, 1986, in den Flüchtlingslagern. Der Deutsche Bundestag hatte folglich im Oktober 2008 einer Verlängerung des Mandats auf weitere vierzehn Monate zugestimmt. Doch jeder weiß: Afghanistan ist nur mit Hilfe seiner Umgebung zu stabilisieren. Wenn es Schlupflöcher oder Unterstützungstrupps in Pakistan, Iran oder in Zentralasien gibt, wenn medial die Welt des Osama bin Laden vorherrscht, dann ist (fast) jede Liebesmüh umsonst. Eine einfache Lösung gibt es nicht. Der „Heilsbringer“ Obama wird gefordert sein. Sonderbotschafter Richard Holbrooke ist das erste Leuchtzeichen. Er war auch auf dem Balkan maßgeblich aktiv. Jedenfalls ist die Stabilisierung Afghanistans zweifelsfrei die Voraussetzung für eine freie und stabile Weltordnung. Mit der Vertreibung der Taliban nach 2001 war ein richtiges Zeichen gesetzt worden. Aber dann beschränkte man sich auf Halbherziges, mit den bekannten Folgen. Vielleicht verzeiht man Präsident Obama eher eine harte Hand als Präsident Bush. Internationale Unruheherde darf man jedenfalls nicht bestehen lassen.